



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Die Polenfrage als Problem der Reichspolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Polenfrage als Problem der Reichspolitik

Von Georg Kleinow

Durch das preußische Herrenhaus, sonst beherrscht vom kühlen Verstande, der in vornehmer Ruhe und Gelassenheit vorgetragen wird, zitterte neulich etwas wie verhaltene Leidenschaft. Eine mühsam gezähmte Unruhe klorrte in den Reden der hohen und höchsten Herren. Die Stimmung war hochgespannt und wenn die beiden Mitglieder der Versammlung, die den persönlichen Mittelpunkt der Aussprache bildeten, ohne daß ihr Name fiel, an Ort und Stelle gewesen wären, so hätte man wohl mit einer scharf zugespitzten Erörterung der Polenfrage rechnen können, wie sie auch im Hinblick auf die zahlreichen sehr tüchtigen Kenner des Stoffes im Herrenhause nicht leicht in einer anderen Gemeinschaft geboten worden wäre. Aber weder der Generalgouverneur „in“ Warschau, noch der Kurator der Warschauer polnischen Universität waren zugegen, und es ist gute Sitte des Herrenhauses, abwesende Mitglieder nicht anzugreifen. Im allgemein-politischen Interesse ist es auch bei dem vorliegenden Anlaß durchaus zu begrüßen, daß es so und nicht anders gewesen ist. Die Schuld des einzelnen an einer unerfreulichen Entwicklung politischer Vorgänge bestimmen zu wollen, solange diese Entwicklung noch im Fluß ist, überschreitet in den meisten Fällen die Fähigkeiten der Zeitgenossen, und die sogenannte Öffentliche Meinung, die jedes Parlament beeinflusst, besagt doch nur, was sie wünscht oder nicht wünscht; nur unter ganz besonderen Verhältnissen könnte sie als berechtigte Richterin eine Schuldfrage für politische Persönlichkeiten sachlich entscheiden. Welches Maß von Schuld an der nachgerade zu einer brennenden Gefahr für das Reich ausgewachsenen Polenfrage die Exzellenzen von Beseler und Graf Hutten Czapski persönlich zu tragen haben, werden wir Lebenden kaum im vollen Umfange erfahren. Wenn die Stürme von heute längst vorübergerauscht sein werden und neue Bewegungen die politische Welt aufregen, dann wird es eine interessante Arbeit fleißiger Historiker und Archivare sein, die Schuldfragen unserer Zeit zu untersuchen und unseren Kindern zu beweisen, daß auch die besten Absichten der edelsten Menschen nicht genügen, um brennende Probleme ganz im Einklang mit den Interessen des Vaterlandes und den Wünschen der Zeitgenossen, denen sie ihre besten Kräfte weihen, zu lösen.

Grenzboten II 1918

5

Die Polenfrage ist noch nicht in den Zustand zurückgefallen, der es uns ermöglichte, in ihr von Schuld und Sühne zu sprechen. Sie bedeutet Kampf. Das polnische Volk hat dem deutschen durch berufene und unberufene Vertreter den Krieg erklärt; wir haben daher zu entscheiden, ob wir die Kriegserklärung zum Ausgang einer unsere Sicherheit verbürgenden aktiven Politik machen wollen, oder ob wir gleich dem Löwen mit der Maus sie unbeachtet lassen, oder schließlich ob wir noch einmal versuchen, einen Ausgleich zwischen den polnischen Forderungen und unseren Interessen zu schaffen. Darüber tobt der Streit und auch der letzten Aussprache lag gerade die Erörterung dieser Fragen zugrunde.

Nach den im Herrenhause gehaltenen Reden kann festgestellt werden, daß die Rolle des Löwen gegenüber der Maus von unserer Seite, wie schon seit 1886, nicht mehr gespielt werden soll. Sie wäre auch ziemlich lächerlich, angesichts der Tatsache, daß die Polen in ihrer nationalen Gesamtheit keine unschuldige Maus sind. Sie fühlen sich wenigstens selbst als achtunggebietende Gegner. Um so schroffer stehen sich die Vertreter der beiden anderen Richtungen gegenüber. Die preußische Regierung hat sich auf den Ausgleichsstandpunkt gestellt, die überwältigende Mehrheit des Herrenhauses wünscht den Fehdehandschuh aufzuheben und dem polnischen Willen das deutsche Muß entgegenzustellen.

Die Vertreter der Regierung und die Mitglieder des Herrenhauses redeten aneinander vorbei, da sie von zwei durchaus getrennten Standpunkten sprachen. Die preußischen Herren Minister behandelten die Polenfrage lediglich als eine preußische Angelegenheit und suchten ihre Haltung, formell durchaus korrekt, mit preußischen Argumenten zu erklären; die Redner des Herrenhauses dagegen versuchten zwar, sich auf dem preußischen Boden zu halten, aber ihre Gründe zur Sache schöpften sie doch aus der deutschen Reichspolitik. Prinz Ferdinand Radziwill hatte gar nicht so unrecht, wenn er am 10. April unter Hinweis auf diese Reden ausrief: „Man hat hier die ganze polnische Frage aufgerollt“. Freilich, erschöpfend ist die Frage nicht behandelt worden, vor allen Dingen haben die Redner vermieden, auch die letzten Konsequenzen aus ihren Anschauungen, die auf dem Gebiet der Staats- und Reichsverfassungen liegen, zu ziehen. Solches hätte sicher den Einspruch des Präsidenten nach sich gezogen, weil Fragen berührt worden wären, die nicht der Zuständigkeit der Einzelstaaten unterliegen, sondern der des Reiches. Nun ist aber das polnische Problem heute längst nicht mehr eine ausschließlich preußische Angelegenheit, sondern eine Frage des Deutschtums, des Deutschen Reiches! Sie droht, bestimmen wir uns nicht rechtzeitig auf die Abwehr, zu einem erstklassigen Problem der großen Politik zu werden, aus der sie das Einverständnis zwischen den drei Teilungsmächten Preußen, Osterreich und Rußland bis vor dem Ausbruch des Weltkrieges entfernt hatte. Wie es dazu gekommen ist, braucht hier zunächst nicht erörtert zu werden, da die Tatsache als solche, nicht aber ihre Vorgeschichte uns zur Stellungnahme zwingt.

Die Polenfrage ist eine Reichsangelegenheit geworden, seit die Polen durch berufene und unberufene Organe haben erklären lassen, sie würden sich nicht eher zufrieden geben, bis alle drei Gebiete zu einem unabhängigen polnischen Staate vereinigt sein würden, seit also deutsches Reichsgebiet für den neuen Polenstaat in Anspruch genommen wird, während zu gleicher Zeit die preußische Regierung durch die in Preußen eingeleitete Verfassungsreform dem preußischen Staate die

Möglichkeit nimmt, die bedrohten Provinzen durch entsprechende Maßnahmen festzuhalten. Es ist nämlich durch die eingehenden Prüfungen aller mit der preußischen Wahlrechtsänderung zusammenhängenden Fragen festgestellt, daß sowohl die gleiche, wie die Verhältnis-Wahl eine Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses nach sich ziehen würde, mit der eine deutsch-nationale Politik in der Ostmark nicht mehr durchgeführt werden könnte. Die Zahl der sozialdemokratischen und polnischen Abgeordneten würde in jedem Falle derart anschwellen, daß sie zusammen und ergänzt durch Zentrumsleute und Freisinnige sicher die Mehrheit im Hause bilden. Das aber würde nicht nur zur Folge haben, daß keine Mehrheit mehr für die Fortsetzung der nationalen Ostmarkenpolitik vorhanden wäre, sondern daß die Polen auch in der Selbstverwaltung der Ostmark die Herrschaft erringen und die Deutschen daselbst kaum noch dulden, sondern auf das schärfste bedrohen und zurückdrängen würden. Wir würden unter Gefährdung der wirtschaftlichen Stellung der Deutschen und der Gemeinden einfach auf den Weg zum Nationalitätenstaat geschoben und zwar von vornherein unter Preisgabe aller Vorteile, mit denen wir in den Kampf eintreten könnten! Gegen einen Übergang zum Nationalitätenstaat wäre nichts einzuwenden, wenn er eine Verbesserung gegenüber dem Nationalstaat bedeutete und den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des deutschen Volkes in der Welt zu heben imstande wäre. Es ist nicht die Form, gegen die wir Bedenken haben, sondern ihr praktischer Inhalt. Ich könnte mir vorstellen, in der Theorie natürlich nur, daß, ebenso wie die Konfessionen sich daran gewöhnt haben, in einem paritätischen Staate friedlich nebeneinander zu wohnen, auch die Nationalitäten zu einem sie vereinigenden Staatsgedanken gelangen könnten. Wie gesagt: in der Theorie! Aber, der preußische Landwirtschaftsminister, Herr von Eisenhardt-Nothe, sagt ganz recht: „leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“. In unserem Falle würde der Übergang zum Nationalitätenstaat nichts anderes bedeuten, als die Räumung einer günstigen Stellung zugunsten des polnischen Gegners, weil die Polen uns im Augenblick nach den furchtbaren Opfern, die der Weltkrieg unserem Volkstum auferlegt hat, vollklich überlegen sind. Es handelt sich um eine momentane Überlegenheit, nicht um eine dauernde, sofern wir nur wollen. Sedenfalls brauchen wir vor den Polen die Segel nicht zu streichen, wenn die maßgebenden Regierungen nicht die Nerven verlieren. Was von deutscher Seite angestrebt und durchgesetzt werden muß, ist im Augenblick lediglich die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Deutschen und Polen. Gelingt uns dies nicht, so war unser glänzender militärischer Sieg über Rußland im wahrsten Sinne des Wortes ein Pyrrhusieg, denn es kommt doch schließlich auf dasselbe heraus, wenn wir nicht mehr im Lande sind, ob dann Russen oder Polen herrschen.

Nun beruht das Gleichgewicht zwischen zwei rivalisierenden Nationalitäten so verschiedener politischer Prägung und so gegensätzlicher Ziele, wie Deutsche und Polen es sind, auf unendlich vielen Faktoren des öffentlichen und privaten, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Es wäre darum verlorene Liebesmüh, irgend etwas an der Lage durch Teilreformen und Einzelmaßnahmen bessern zu wollen, so lange nicht eine gemeinsame Grundlage vorhanden ist, auf der die Interessen beider Nationalitäten sich treffen und zusammenwirken können. Die wohlmeinenden Maßnahmen der preußischen Regierung, die in Heft 9 besprochen wurden, haben

z. B. keinerlei Aussicht, in dem Verhältnis der Polen zu uns irgend etwas zu verbessern, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß die großpolnische Propaganda ein für allemal verstummt, d. h. solange noch außerhalb des Deutschen Reiches eine Anziehungskraft besteht, die die preußischen Polen vom deutschen Reichsgedanken ablenkt. Das Entgegenkommen von unserer Seite kann vorläufig nur zur Stärkung des Polentums beitragen, ohne es auf unsere Seite zu bringen, weil es sich im wesentlichen nur an die Kreise wendet, die sich auch unter den bisherigen Verhältnissen als loyal erwiesen haben, an die Landbevölkerung. Die Träger der großpolnischen Idee sitzen wo anders; das sind die Gebildeten und Halbgebildeten in den Städten, die entweder, wie die Kaufleute, Handwerker, Advokaten, Ärzte und andere von dem deutsch-polnischen Gegensatz direkten materiellen Nutzen ziehen oder die, wie Geistliche, Lehrer, Schriftsteller und Publizisten, bewußt den Bau eines Staates betreiben, in dem sie selbst herrschen und sich nicht von den Deutschen beherrschen lassen wollen. Das ist die klare Lage: eine Gleichgewichtsfrage, eine Machtfrage.

Rückhaltlos stimme ich dem preußischen Minister des Innern zu, wenn er versucht, die Polen als preußische Staatsbürger vor dem Gesetz gleich zu machen. Ausnahme Gesetze gegen die Polen, die loyale Preußen sein wollen und können, kann ich nach den Erfahrungen, die ich mit ihnen in den heißesten Stunden, wo es um Sein oder Nichtsein ging, als Soldat gemacht habe, nicht billigen. Aber: „wer seinen Kindern gibt das Brot und dabei selber leidet Not, den schlage man mit einer Keule tot,“ ist ein nur zu beherzigenswertes märkisches Leitwort. Unser Entgegenkommen auf der einen Seite, zwingt uns auf der andern um so größere Sicherungen anzubringen. Andernfalls würden wir lediglich die polnischen Preußen als Material für Großpolen zurechtmachen!

Wo liegen diese Sicherungen, da die geistigen Führer des polnischen Volks uns feindlich gesinnt sind? Doch nur in dem Maß an moralischer und materieller Kraft, die wir anzubringen vermögen, um die polnische Entwicklung in unserm Interesse zu lenken! Gemessen wird die notwendige Kraft an dem Widerstande, den uns die wirklichen Führer des polnischen Volks, das sind die groß-polnisch-demokratischen Panslawisten, entgegensetzen. Den Widerstand zu brechen oder ihn verkümmern lassen, das ist die Aufgabe der deutschen Reichspolitik der Gesamtheit des Volkes gegenüber, wenn die preußische Politik den Polen in Preußen die Hand zum Frieden bieten soll.

Was der deutschen Reichspolitik bevorsteht, ist also der Kampf gegen die großpolnische Staatsidee.

* * *

Als gewissenhafter Publizist möchte ich indessen noch einer theoretisch denkbaren Möglichkeit Erwähnung tun, von der ich weiß, daß sowohl deutsche wie polnische Politiker, heute noch Generale ohne Soldaten, mit ihr spielen: die Vereinigung der polnischen Lande Preußens und Rußlands unter der Krone Hohenzollern, ähnlich wie Ungarn mit Oesterreich verbunden ist. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieser Gedanke schon so abgetan ist, daß er nicht doch wieder eine Auferstehung feiern könnte. Er hatte auf einer anderen territorialen Grundlage einmal praktischen Sinn. Unter der Voraussetzung, daß die Polen sich feierlich ein für allemal der Gedanken auf preußisches Gebiet entschlügen und

sich eine ganz unbedeutende Grenzkorrektur in der Thorner Ecke gefallen ließen, konnte der Gedanke erörtert werden, das polnische Volk in Litauen und Weißrußland zu entschädigen und ihm auf russischem Gebiet die Möglichkeit einer mit Mitteleuropa fest durch Deutschland und seinen Kaiser verknüpften Staatlichkeit zu geben. Die Polen haben selbst von einer solchen Lösung nichts wissen wollen. Über keines auch des uns wohlgesinntesten Polen Lippen ist je ein Wort des Verzichts auf Westpreußen, Posen und Oberschlesien gekommen. Im Gegenteil ist Fürst Drucki-Lubecki, der sich im Herrenhause als Preuze bezeichnete, sofort vom Dziennik Berlinkski ein Verräter genannt worden. Wenn also gegenwärtig der Gedanke wieder auftaucht und vorsichtig propagiert wird, so wird von der betreffenden Seite einfach damit gerechnet, daß die Krone Preußens, um mit den Polen zur Verständigung zu kommen, auf Gebietsteile zugunsten des Deutschen Kaisers verzichtet.

Es genüge vorläufig, auf das Vorhandensein solcher Ideen hinzuweisen und daran die folgenden Fragen zu knüpfen: wie würde sich ein preußischer Landtag zu ihnen stellen, der von Sozialdemokraten und Polen beherrscht wäre? Laufen hier nicht die Wege zum Nationalitätenstaate zusammen?

Eine Verständigung mit den Polen ist ohne Preisgabe des Deutschtums in der Ostmark undenkbar. Kehren wir so geschwächt aus dem Weltkriege heim, daß wir die Feindschaft der Polen nicht mehr zu ertragen vermögen, dann werden wir auch den von den Polen geforderten Preis erlegen müssen. Lebte aber in uns auch nur noch ein Fünkchen Selbstvertrauen und Wille zum Leben, dann müssen wir den Kampf aufnehmen und schon jetzt dafür sorgen, daß wir ihn von einer Stellung aus führen können, die den Sieg nicht von vornherein ausschließt.

* * *

Es liegt auf der Hand, daß Preußen bei seiner Stellung im Reich nicht imstande, ist die politischen Grundlagen zu schaffen, die notwendig sind, um den aus dem Felde heimkehrenden Ostmärkern eine ungefährdete und unantastbare Heimat zu sichern. Der preußische Staat kann nur einen Teil der Aufgabe erfüllen und auch nur dann, wenn die Reichspolitik mit der Preußens sorgfältig Hand in Hand arbeitet. Wir können bisher von einer solchen Zusammenarbeit nicht viel erfreuliches entdecken; wir sehen nur ein Nachgeben und Ausweichen auf Kosten Preußens, ohne daß Sicherheiten von Reiches wegen erfolgten. Die Sicherung der Ostmark setzt ein ganzes System von Maßnahmen voraus, die teils vom preußischen Staate, teils vom Reich durchzuführen sind und von denen jede einzelne auch wirklich durchgeführt werden muß, wenn sie alle wirksam bleiben sollen. Diese Maßnahmen haben den Wiederaufbau der deutsch-russischen Beziehungen und die großpolitischen Ziele der Polen ebenso zu berücksichtigen wie die innerpreußischen Verhältnisse und die militärische Sicherheit des Reichs im Osten. Fühlen sich die Polen heute schon als Erben der Vormachtsstellung Rußlands unter den Slawen, wie es ein Aufsatz von S. Kalina in Kurjer Polski (Nr. 89 v. 3. April) andeutet, so haben wir daraus ebenso vorsichtig unsere Folgerungen zu ziehen, wie aus dem Streben des Regentschaftsrats gleich nach seiner Einsetzung mit unsern Feinden in Beziehungen zu treten. (Es wird an die bekannte Depesche an den Präsidenten Wilson gedacht.) Wir dürfen auch nicht außer Acht lassen, daß gegenwärtig in Polen ähnliche Zustände wie in Rußland nicht herrschen, lediglich, weil die

Ordnung von der deutschen Truppenmacht aufrecht erhalten wird und weil diese Truppenmacht es verhindert, daß der Volksliebbling Pilsudski sein Unwesen im Lande treiben konnte.

Die weitere Entwicklung der Polenfrage ist von uns nur dann auf eine Bahn zu lenken, die uns Deutschland als Nationalstaat sichert, wenn:

1. im Osten eine Grenze geschaffen wird, die es jeder Koalition aussichtslos machte, Deutschland erfolgreich im Osten anzugreifen.

2. zur Sicherung und Ausgestaltung des deutsch-russischen Handelsverkehrs eine Landbrücke zwischen Deutschland und Moskau hergestellt wird — nördlich der Weichsel und der Bug — die den Bau eines direkten kürzesten Schienenweges von Posen über Jalystok nach Baronowitschi ermöglichte, ohne andern als deutschen und russischen Boden zu berühren;

3. die Ostmark ein Wahlrecht und eine Provinzialverfassung erhält, die Deutsche und Polen zwänge, wirtschaftlich unter deutscher Führung zusammenzustehen; dabei wird gedacht an ein berufsständisches System, ähnlich dem, wie es Graf Stolberg empfohlen hat;

4. die Polen in Alt-Preußen und Neu-Preußen unter der Voraussetzung der Erfüllung von Punkt 3 von allen Ausnahmegestimmungen befreit würden und

5. die Polen im Weichselgebiet sich einen völlig selbständigen Staat einrichten könnten, bei möglichst sofortiger Herausnahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen. (Die deutsche Bevölkerung Neupolens wäre gegen polnische von Neu-Ostpreußen einzutauschen.)

Den Frieden mit der Gesamtheit der Polen brächte eine solche Politik zunächst nicht, wohl aber mit dem für uns wesentlichen Teil von ihnen. Aus Neupolen würden zahlreiche, besonders gebildete Polen nach Rußland und der Ukraine abwandern und dort, durch reichliche Gewinnmöglichkeiten im Bann gehalten, der Politik den Rücken kehren. In Neupolen selbst würde sehr bald ein konservativer Bauernstand die Grundlagen für ein neues polnisches Volk bilden, sich selbst genügsam und fleißig und keine ständige Gefahr für den Frieden seiner Nachbarn. Dies Ziel ist erstrebenswert und erreichbar. Ich mache mir zum Schluß einen Gedankengang des Grafen Jork von Wartenburg zu eigen: Nicht durch Verzicht ist der Staat des Großen Friedrich und Bismarcks groß geworden, sondern durch Macht und Waffen. Einmal hat Preußen eine Verzicht- und Verständigkeitspolitik getrieben. Das war die Politik Friedrich Wilhelms des Dritten, die in kurzer Zeit nach Vena führte. Wir dürfen und wollen nicht Preußen auf den Weg zum Nationalitätenstaat bringen.

Die südslawische Frage in Oesterreich-Ungarn

Von Professor Dr. Robert Sieger



zeichnen wir als Südslawen die Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren und die slawischen Mazedonier, so spaltet sich die südslawische Frage in zwei Probleme. Das eine ist die Abgrenzung zwischen Serben und Bulgaren und die Zugehörigkeit der Mazedonier. Ethnographisch und sprachlich haben wir es mit einer Kette von allmählichen Übergängen zu tun; aber die Geschichte und die Staatenbildungen haben ein serbisches und ein bulgarisches Nationalgefühl er-